

Laibacher Zeitung.

Nr. 293.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbfl. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbfl. 50 fl. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbfl. fl. 7.50.

Freitag, 20. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fl.,
2 mal 80 fl., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile im. 6 fl., zw. 8 fl.,
sm. 10 fl. u. s. w. Insertionsstempel jedem. 30 fl.

1867.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 19. December.

Die Conferenz ist also post tot discrimina-
reum auf die berathende Vorversammlung zusammen-
geschrumpft, an der theilzunehmen die Cabinetts von
London, Wien und St. Petersburg sich bereit erklärt
hatten. Der scharfsinnende Punkt-Correspondent der
„A. Allg. Ztg.“ glaubt, daß schon die Erklärung des
Staatsministers in der Sitzung vom 5. December, daß
Italien sich nie Rom bemächtigen werde, dem von
Frankreich ausgegangenen Conferenzproject den Gnaden-
stoss versetzt habe, da das Florentiner Cabinet, wie be-
kannt, die Einladung nur unter der Bedingung ange-
nommen hatte, daß die nationalen Ansprüche auf Rom
als Hauptstadt ausdrücklich anerkannt würden. Uebrigens war der Gedanke an eine beschließende Conferenz
schon vor Abgabe jener Rouher'schen Erklärung beseitigt
gewesen, und nur die berathende Vorversammlung war
noch in Aussicht behalten worden. Die preußische Re-
gierung hat aber nun auch diese Vorconferenz unmöglich
gemacht, durch Hinweis auf den in den Protokollen des
Aachener Congresses ausgesprochenen Grundsatz, wonach
die Initiative zur Einberufung einer berathenden oder
beschließenden Versammlung von jenem Lande auszu-
gehen habe, dessen Angelegenheiten Gegenstand der Be-
ratung sein sollen, also im gegebenen Falle entweder
von Italien oder von Rom. In Paris hat man sich
der Richtigkeit dieser Bemerkung mit Freuden gefügt (?),
da das auswärtige Amt so der übernommenen Verant-
wortlichkeit enthoben wird. Der Erlaß von neuen Ein-
ladungen bleibt nun dem Willen der italienischen und
der päpstlichen Regierung zu entscheiden, woraus sich er-
gibt, daß, wenn auch der Zusammentritt einer Confe-
renz nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, ein erspriess-
liches Ergebniss derselben, augsichts der italienischen For-
derungen, sehr wohl aber unter dieselben gerechnet wer-
den muß. Inzwischen hat der heil. Vater ein Glück-
wunschtelegramm an den Kaiser gerichtet, der französische
Episcopat hat ihm Dankadressen überreicht, die Berichte
der Präfектen sprechen von der hohen Befriedigung, welche
die ministeriellen Erklärungen allenfalls bei der Land-
bevölkerung hervorgerufen haben, aber in der Sprache
der Blätter, zu deren Sache das Kaiserreich jetzt über-
gegangen, der clericalen nämlich, gibt sich noch immer
ein gewisses Misstrauen zu erkennen. Allein der „Monde“
freut sich in aufrichtigem Tone über die vollzogene Neu-
geburt, aber die andern Organe seiner Richtung drücken
sich in einer Weise aus, welche darthut, daß sie noch
kein volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit der kaiserlichen
Bekhrührung setzen. Diesen Zweifel theilen sie übrigens
mit den oppositionellen Kreisen, welche im Stillen hoffen,
was jene befürchten, daß der Kaiser doch einen Modus
finden werde, um eine Lösung der Frage in der Art
herbeizuführen, daß sie mehr die italienischen als die
päpstlichen Interessen befriedige. Einstweilen wendet sich
der Hauptgrimm der liberalen Opposition gegen Herrn
Thiers, der durch die Macht seines Wortes das ganze
Unheil verschuldet, und es scheint sich eine Art von
Uebereinkunft auszubilden, daß derselbe bei den nächsten
Wahlen nicht mehr als Kandidat der liberalen Partei
anzustellen sei.

Die Verhandlungen der italienischen Kammer
sangen an sehr zu ermüden. Jeder Redner ergeht sich
in einem langen Selbstgespräch historischer Art ohne
praktische Nutzanwendung. In Kürze lassen sich die
vorherrschenden Richtungen in folgender Weise charakteri-
siren. Die Linke verlangt durch den Mund ihrer Redner
Miceli, Laporta, Villa, Guerzoni, Bertani u. s. w. eine
Politik der inneren Reformen und — Zurückberufung
des italienischen Gesandten aus Paris. Die gemäßigte
Rechte verlangt eine Politik der inneren Reformen ohne
eine solche Zurückberufung. Doch darin sind beide einig,
daß an neue Verhandlungen mit Frankreich nicht gedacht
werden könne. Zum Organ einer dritten Meinung hat
sich in einer gehaltvollen Rede der Prof. Verti, früherer
Unterrichtsminister, gemacht. Er will nicht, daß die
Beziehungen zu Frankreich einen schroffen oder auch nur
kühlen Charakter nehmen; er erblickt das Heil Italiens
in der Aufrechterhaltung der französischen Allianz, und
weil diese Allianz gefährdet wäre, wenn die Franzosen
in Civitavecchia blieben, so verwirft er die bloße Politik
der inneren Reformen, er verlangt eine thätige äußere
Politik, welche Frankreich bestimme, seine Truppen aus
Italien heimzuerufen, sei es, daß man mit dem fran-

zösischen Cabinet über die ernste Gültigkeit der Sep-
tember-Convention übereinkomme, sei es, daß man dem-
selben neue andere Garantien für die Sicherheit des
Papstes gewähre. Inzwischen befestigt die französische
Regierung ihre Stellung nicht nur in der Kammer, son-
dern auch im Kirchenstaat. Aus Rom und Civita-
vechia erfährt man, daß dort mit dem größten Eifer
an Befestigungen gearbeitet wird, zu welchen hunderte
von Landleuten verwendet werden. Civitavecchia wird
von den Franzosen auch in den Außenwerken vollständig
armirt, damit die Festung selbst bei einer kleinen Be-
satzung gegen jeden Handstreich geschützt sei und sich eine
Zeit lang halten könne, bis Hilfe aus Toulon kom-
men kann.

65. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 17. December.

(Schluß.)

Die von Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister
in der heutigen Sitzung eingebrachten Gesetzentwürfe
lauten, wie folgt:

Gesetz.

womit dem Finanzministerium der im Reichsrath vertretenen
Königreiche und Länder die Ermächtigung zur Veränderung von
Staatsgegenwart bis zum Betrage von 15 Millionen Gulden
ertheilt wird.

Mit Zustimmung der beiden Häuser Meines Reichsrathes
sind Ich anzurufen, wie folgt:

Der Finanzminister für die im Reichsrath vertretenen Kö-
nigreiche und Länder wird zur Veränderung von unbeweglichem
Staatsgegenwart bis zum Betrage von 15 Millionen Gulden
d. W. ermächtigt.

Der zweite Gesetzentwurf lautet:

Gesetz

wegen einiger Änderungen in dem Ausmaße der Steuer- und
Zollvergütung beim Export von Zucker und gebrannten gei-
stigen Flüssigkeiten, dann in der Besteuerung der Brannweinerzen-
gung von Seiten kleineren Brennerei, welsam für die im Reichs-
rath vertretenen Königreiche und Länder.

Art. 1. Die Rückvergütung an Zoll- und Verbrauchsabgabe
für den über die Zolllinie ausgeführten Zucker wird vom 1. Jänner
1868 angegangen mit Einschaltung des dermaligen außerordent-
lichen Zuschlages nach dem vor der Wirklichkeit des Gesetzes vom
28. December 1864, Nr. 98 des R. G. B., bestandenen Aus-
maße, namentlich für Rohzucker mit 4 fl. 25 fl. und für Raffi-
natzucker mit 5 fl. 59 fl. von jedem Zollsteuer netto geleistet.

Diese Bestimmung hat für alle Zollsendungen zu gelten,
welche erst nach dem 31. December 1867 im Exporte die Zoll-
linie tatsächlich überquerten haben werden.

Art. 2 Vom 1. Jänner 1868 angefangen wird für gebrannte
geistige Flüssigkeiten, welche mit dem Vorbehalt der Steuer- und
Zollvergütung unter Beobachtung der vorgezeichneten Vorsichten in
Mengen von mindestens einem niederösterreichischen Eimer über
die Zolllinie ausgeführt werden, von der Verzehrungssteuer und
dem 20percentigen Zuschlage statt des bisherigen Ausmaßes von
6 fl. nur der Betrag von 5 Neutzen zu jeder Alkoholometer-
grad bei einer Temperatur von + 12° Raumtemperatur zurückvergütet.

Diese Anordnung gilt für alle derlei Ausfuhrsendungen,
welche erst nach dem 31. December 1867 die Zolllinie tatsächlich
überquerten haben.

Art. 3. Den Besitzern von Brannweinbrennereien, welche
mehlige Stoffe oder zuckermelasse verarbeiten und deren zur Vor-
gängung dieser Stoffe bestimmte Gefäße einen steineren Gesamt-
rauminhalt als 30 n. d. Eimer haben, oder in denen andere als
die eben genannten Stoffe verarbeitet werden, wird vom 1. Jänner
1868 angefangen gestattet, die Verzehrungssteuer nach Maß-
gabe der Menge und Gradhöchstigkeit ihres Erzeugnisses im Wege
eines freiwilligen Übereinkommens mit der Finanzbehörde (der
Absindung) mit Anordnung des bestehenden Steuergesetzes und des
dermaligen Zuschlages von 5 fl. 1 — 6 Neutzen für jeden
Alkoholometergrad zu entrichten; wo jedoch derlei Absindungen
nicht zu Stande kommen, sind die Inhaber der erwähnten Bren-
nereien verpflichtet, die Verzehrungssteuer nach den bis zum 31ten
October 1862 in Wirklichkeit gesetzten gesetzlichen Vorschriften
über die sog. Moosbranntweinbesteuerung und nach den von dem Finanz-
ministerialerlass vom 4. October 1858, Nr. 175 R. G. B., ver-
samtarteten Taxissäten nebst den dermaligen außerordentlichen Zu-
schlägen zu denselben zu entrichten.

Art. 4. Der Art. 16 des Zuckersteuergesetzes vom 18. Octo-
ber 1865, Nr. 105 des R. G. B., dann die Art. 13 bis 16 und
18 des Brannweinsteuergesetzes vom 18. October 1865, Nr. 104
R. G. B., treten gleichzeitig außer Wirksamkeit und wird der
Art. 2 des letzteren Gesetzes hiermit rheinweise abgeändert.

Art. 5. Mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes ist
der Finanzminister für die im Reichsrath vertretenen Königreiche
und Länder beauftragt.

Wir setzen nunmehr den Bericht da fort, wo wir
denselben abgebrochen haben.

Die Specialdebatte wird eröffnet.

Bei § 1 stellt Dr. Hanisch die Auffrage an den
Berichterstatter und an den Finanzminister, ob die Stadt
Brody nach der galizischen Gemeindeordnung berechtigt
sei, ein Darlehen einzunehmen.

Berichterstatter Lippmann bemerkt, daß es sich
im § 1 keineswegs um ein Darlehen, sondern um eine
der Stadt Brody zuzuwendende Unterstützung von 42.000
Gulden handle.

Der Stadt Brody könne es doch unmöglich ver-
wehrt sein, eine Unterstützung anzunehmen.

Abg. Dr. Hanisch erwidert, daß diese Vorfrage
allerdings erst zum § 2 gehöre, er jedoch dieselbe beim
§ 1 bereits gestellt habe, da von der Beantwortung der-
selben das Votum einer Anzahl Mitglieder dieses Hauses
abhänge.

Abg. Zybliewicz erklärt, daß nach der galizischen
Gemeindeordnung allerdings Städte und somit
auch Brody Darlehen ohne Bewilligung des Landtages,
eventuell des Landesausschusses, nicht aufnehmen dürfen
im vorliegenden Falle sei jedoch der Stadt Brody von
Seite des Landesausschusses die Einwilligung bereits er-
theilt worden.

§ 1 wird hierauf angenommen.

Die beiden folgenden Paragraphen des Gesetzes wer-
den ohne Debatte angenommen und hierauf
das ganze Gesetz in dritter Lesung sogleich
zum Beschuß erhoben.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Be-
richt des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Her-
abminderung der Salzpreise.

Abg. Seine stellt in Anbetracht der Wichtigkeit
des Gegenstandes und seines Zusammenhangs mit dem
Budget den Antrag: die Berathung über die Salzfrage
dermalen aufzuschieben und erst bei Verhandlung des
Budgets pro 1868 auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Breitl unterstützt diesen Antrag, der
hierauf angenommen wird.

Es folgen nun Berichte des volkswirtschaftlichen
Ausschusses über Eisenbahncessionsgesuche.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: 1. Erste Lesung der heute einge-
brachten Regierungsvorlage betreffend die Bedingungen
für eine Eisenbahnunternehmung:

- a. Pardubitz-Bzaim, b. Buschendorf-Komotau-Eger;
2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses be-
treffend die Matzsteuer;
3. eventuell Bericht des Ausschusses über die Re-
gierungsvorlage betreffend die Kosten für die Hindel-
anstalten;
4. Berichte des Petitionsausschusses.

66. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 18. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren
Minister Freiherr v. Beust, Freiherr v. Becke, Graf
Taaffe, Ritter v. Hye.

Präsident Dr. Gisela eröffnet die Sitzung um
11 Uhr 15 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen
und genehmigt.

Das hohe Justizministerium legt mittelst Zuschrift
eine Civilprozeßordnung und eine Concursordnung für
die nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder vor
und stellt zugleich den Antrag, daß auf diese Vorlage
das Gesetz vom 30. Juli 1867 (über die Behandlung
umsangreicher Vorlagen) Anwendung finde.

Diese Regierungsvorlagen werden auf die nächste
Tagesordnung zur ersten Lesung gesetzt werden.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffen-
den Ausschüssen zugewiesen.

Drei Petitionen bitten um Aufhebung des Concordates.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye beant-
wortet hierauf die vom Abg. Dr. Roser an ihn als
Leiter des Cultus- und Unterrichtsministeriums gerich-
tete Interpellation betreffs des Baues der Uni-
versität in Wien. Se. Excellenz schildert in einer län-
geren Rede die Verhandlungen, welche in dieser Angele-
genheit gepflogen wurden, und theilt mit, daß Se. Ma-
jestät mit allerhöchster Entschließung vom vorgestrigen
Tage diese Frage damit endgültig erledigte, daß Se. Ma-
jestät die Städterweiterungsgründe zu beiden Seiten des
Längenschiffes der Rotoli Kirche, ferner die Gewehrfabrik
und eventuell die Städterweiterungsgründe längs der
Währinger- und Wasagasse neben dem Abgeordnetenhaus
für den Universitätsbau bestimmte. Se. Excellenz behält
sich auch vor, in das Budget des nächsten Jahres
200.000 fl. für den Bau einzustellen, und schließt unter
dem Beifall des Hauses.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Erster
Gegenstand ist die erste Lesung der in der gestrigen
Sitzung eingebrachten Regierungsvorlagen, Eisenbahnc-
sionsgesuchen betreffend.

Se. Exz. Finanzminister Freiherr v. Becke verzichtet auf eine nähere Begründung der Regierungsvorlagen.

Baron Widmann beantragt, diese Vorlagen dem volkswirtschaftlichen Ausschusse mit dem Auftrage zuzuweisen, die Berathungen zu beschleunigen und in einer der ersten Sitzungen nach Wiederaufnahme derselben Bericht zu erstatten.

Dr. Breitl beantragt die Wahl eines eigenen Ausschusses.

Abg. Skene unterstützt den Antrag des Baron Widmann mit Hinweisung darauf, daß der volkswirtschaftliche Ausschuss bereits das Material für diese Vorlagen gesammelt habe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Baron Widmann angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Einführung der Mälzsteuer.

Berichterstatter Dr. Breitl beantragt unter Hinweisung auf die Wichtigkeit des Gegenstandes und mit Rücksicht darauf, daß die widersprechenden Ansichten nicht gering erklärt sind, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusezen. (Wird angenommen.)

Die Verhandlung über die Regierungsvorlage betreffend die Kosten der Kindelanstalten wird, da der Bericht noch nicht aus der Druckerei ansangte, ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt.

Folgen Berichte über Petitionen.

Dr. Figuly berichtet für den confessionellen Ausschuss über eine an das Abgeordnetenhaus gelangte „Erklärung“ der Bewohner des Bezirks Pomeisl, welche in ungeziemenden Ausdrücken sich gegen die Bestrebungen des Abgeordnetenhauses in Sachen des Concordats ausspricht. Dieselbe ist von dem Pfarrer Hawlicek, dem Caplan Schuh und mehreren anderen Bewohnern Pomeisls unterzeichnet.

Der Ausschuss beantragt, diese Erklärung als zu einer Verhandlung nicht geeignet dem Ueberreicher Abgeordneten Greuter zurückzustellen. (Bravo.)

Abg. Greuter erklärt, er habe diese Erklärung erst überreicht, als er die Ueberzeugung erlangte, daß auch Petitionen für das Concordat im Hause eingesangen. Man könne sich nicht verwundern, daß gegenüber den Auslassungen der Presse und einzelner Redner des Hauses ein Protest einlangt. Das Haus möge nicht so sensativ sein; die Minister müssen sich auch Angriffe in diesem Hause gefallen lassen, warum sollte das Abgeordnetenhaus so sensiv sein, einer Erklärung einiger Unterthanen gegenüber. Uebrigens möge das Haus die Petition behalten oder ihm dieselbe zurückgeben: der Zweck sei erreicht, es auszusprechen, daß nicht alle Deutschen in Böhmen hinter dem Abgeordnetenhaus stehen.

Dr. Rechbauer bemerkte, daß in der Petition einzelne Ausdrücke durchgestrichen erscheinen, welche sehr beleidigender Natur sind, die man aber noch sehr gut lesen kann.

Dr. Herbst weist darauf hin, daß niemand wisse, wer die Männer sind, die auf der Petition erscheinen, die Gemeindevertretung sei es nicht, es scheint also, daß außer dem Pfarrer und Caplan nur diejenigen untergeschrieben sind, welche diesen am nächsten sind, die Schulkinder. Redner versichert, daß die Deutschböhmnen entschieden gegen das Concordat sind, (Rufe: Ja wohl!) und verweist auf die eingelangten Petitionen der deutschen Gemeinden Böhmens, welche sich durch sittlichen Ernst und einen hohen Grad von religiösem Gefühl auszeichnen. Uebrigens begreife er durchaus nicht, wie der Pfarrer und Caplan von Pomeisl dazu kommen, sich für die Vertreter der Deutschböhmnen auszugeben.

Abg. Greuter verweist darauf, daß auch die Adressen, welche gegen das Concordat eingelaufen sind, gegen den Clerus eine heftige Sprache führen. Aber auch der Clerus stehe noch unter dem Schutze des Gesetzes, ebenso wie das Abgeordnetenhaus. Redner findet es gerechtfertigt, daß der Clerus in einer kirchlichen Frage seine Stimme erhebe, und erklärt, er trete dem Antrage des Ausschusses durchaus nicht entgegen. Wenn das Haus sich beleidigt finden will, so stehe es diesem frei.

Dr. Herbst repliziert mit Hinweisung darauf, daß in Deutsch-Böhmen nicht nur die Städte, sondern auch die Landgemeinden ihre Stimmen gegen das Concordat erhoben haben.

Dr. Vanhaus: Pomeisl liege in der Nähe seiner Heimat, er könne versichern, daß die Landbewohner dort mit den Bestrebungen des Abgeordnetenhauses vollkommen einverstanden sind; wenn die Gemeinde noch nicht gegen das Concordat sich ausgesprochen hat, so geschehe es, weil die Gemeinde den Frieden liebt und Zwistigkeiten mit dem Herrn Pfarrer vermeiden will.

Abg. Schindler bemerkte, daß die clericalen Schriften, Hirtenbriefe u. s. w. eine Sprache führen, welche alles übersteigt, was in der Presse je zu lesen war. Das Abgeordnetenhaus würde eines eigenen Advocaten bedürfen, um alle die Bekleidungen zurückzuweisen, welche von den Vertretern des Concordates gegen das Haus geschleudert wurden. Wenn Abg. Greuter sagt, der Zweck sei erreicht, so sei dies gewiß wahr; denn man bezwecke nichts anderes, als den Scandal.

Redner erklärt, er hätte beantragt, diese Erklärung dem Ueberreicher mit dem Bedauern zurückzustellen, daß

ein Mitglied des Hauses diese überreichen konnte, erklärt sich aber mit dem Ausschusstantrage einverstanden.

(Schluß folgt.)

Die Militärgrenzfrage.

Die „Debatte“ schreibt: Die slavische Nationalpartei hat sich unter anderen Fragen die Auflösung der Militärgrenze zu einem ganz apparten Lieblingssthema ausserkoren. Seit einigen Wochen stößt sie wieder Wehmuthsfeuer aus über den Knechteszustand ihrer Brüder in der Militärgrenze, und die Herren Führer weinen förmliche Sündfluthen von Krokodilstränen über den Jammer und die Leiden der Heloten in der Militärgrenze. Es möge uns gestattet sein, die trüben Brillen der patentirten Heuler durch eine sachgemäße Darlegung der Verhältnisse in der Militärgrenze zu klären und die Thränen ihres erlogenen Schmerzes durch eine wahrheitsgetreue Darstellung zu trocken.

Die Militärgrenze bildet den Kern von 50.000 geschulten Soldaten, die leicht auf 70.000 Mann erhöht werden können, da beinahe die ganze männliche Bevölkerung den Dienst der Waffen erlernt. Diese Macht von ihrer militärischen Führung loszulösen, sie der Verfügung der Krone zu entziehen und den Zwecken der Partei dienstbar zu machen, das ist die Aufgabe und das Endziel der slavischen Veremiaden über die Brüder in der Militärgrenze.

Würden die fast durchwegs von Ackerbau und Viehzucht lebenden Grenzer dem Einfluß ihrer militärischen Oberen entzogen, würde diese Masse, die nun den politischen Kämpfen der nationalen Exaltados ferne steht, plötzlich den Einflüssen der Ultra-Nationalen, die sich aus fanatischen Geistlichen der katholischen und griechisch-uniriten Kirche, aus Schullehrern und bauernrotten Kaufleuten recrirt, ohne Wahl überliefer: so wäre damit der Stock zu einer Armee gelegt, die, wie sie jetzt fest und treu an ihrem Monarchen hängt, bei der Unselbstständigkeit des politischen Urtheiles in den Neuen gewissenloser Parteibestrebungen leicht zu einer Revolutionsarmee ausarten könnte.

Die strenge Ordnung, mit welcher der unbefugte Grenzverkehr verhindert wird, und die es nicht erlaubt, die Agitation in den türkischen Provinzen zu einer solidarischen zu machen, das ist den Nationalen ein weiterer Dorn im Auge. Diesen Herren sind alle Argumente, wenn es sich um die Erreichung ihrer Ziele handelt, feil wie Haselnüsse; sie klagen scheinheilig, daß die Grenzer intellectuell und materiell zurückgeblieben, und daß sie eine unverhältnismäßig große Militärlast zu tragen haben.

Sind wir auch weit entfernt, den Culturzustand der Grenze etwa mit jenem Belgien zu vergleichen, so müssen wir andererseits auch zugestehen, daß der steinige Boden der Grenze unfähig ist, einen hohen Grad der Cultur anzunehmen, daß man den Karlstädter Grenzern, um sie nicht verhungern zu lassen, so viel an Unterstützungen zahlen müßte, als sie jetzt an Sold erhalten. Auch ist die Militärgrenze so ungenügend bevölkert, daß schon dieser Umstand einen besonderen Aufschwung der Cultur unmöglich macht. Dies zugestanden, muß jeder Unparteiische, der einen Vergleich zieht zwischen den Zuständen im Provinziale und der benachbarten Grenze, die Thatsache constatiren, daß in der Militärgrenze bessere Strafen, wohnlichere Häuser, schöneres Horn- und Hufvieh, fahrbare Wege und praktischere Ackergeräthe zu finden sind, und daß die Bewohner besser gekleidet und civilisirter sind. Jeder weiß sich mit Anstand zu benehmen, gewählt zu sprechen, und der größere Theil der Bevölkerung ist auch des Lesens und Schreibens kundig. Und frägt man schließlich nicht blos die Officiere, sondern auch die Grenzer um ihre Ansicht betrifft einer etwaigen Vereinigung mit dem Provinziale, so spricht sich die Gesamtheit, einige bezahlte Krämer und gesinnungslose Speculanen ausgenommen, gegen jede Vereinigung aus.

Was nun den Vorwurf einer allzu großen Militärlast betrifft, so ist die jetzige Verpflichtung jener gleich, welche die ganze Monarchie übernehmen wird, wenn die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt ist. Auch wissen die Grenzer den Vortheil wohl zu schätzen, daß sie, kriegerische Epochen ausgenommen, die ganze Dienstzeit in der Heimat zu bringen an ihrem häuslichen Herde, und daß sie andere Nachtheile des Garnisonslebens mit den Liniensoldaten nicht theilen. Stellt man einen zwanzigjährigen Durchschnitt der Verluste der Linienregimenter mit jenen der Grenzer zusammen, so ergibt sich, daß die Linienregimenter weit mehr Abgang an Todten haben, als die Grenzer.

Die von uns hier angeführten Gründe scheinen uns in ihrer Bedeutung und Tragweite so wichtig zu sein, daß von einer Auflösung der Grenze so lange nicht die Rede sein kann, bis nicht die neue Wehrverfassung durchgeführt sein wird. Wir haben mit diesen Bemerkungen keineswegs aber darthun wollen, daß die nun in Wien tagende Commission nicht an organischen Verbesserungen in der Grenze, an einer günstigeren Stellung des griechisch-uniriten Ritus und anderen Reformen zu arbeiten haben wird, deren Inslebentreten wir baldigst wünschen.

Oesterreich.

Wien, 17. December. (Staatsgüterverkauf.) Die „Wr. Btg.“ enthält die Motive zu der vorgestern im Abgeordnetenhouse eingebrochenen Vorlage wegen Verkaufes der Staatsgüter: Zbirow, Alt-sattelradec, Joachimsthal und Schlaggenwald, dann Borynia, Janow und Saworow, Lomna, Podborz, Solotwina, Spas, Medenice, Mrzyglod, Sambor, Barcze, Jaworzno, Lipowiec und Niegolomice. Der Reinvertrag dieser Güter beträgt nach Abzug einer an die Bodencreditanstalt zu zahlenden Annuität 134.290 fl. Wenn es gelingt, die in Rede stehenden Domänen um die beiläufige Summe von 15 Millionen Gulden zu verkaufen, so bleibt dem Staate nach Abzug des Darlehenscapitals von 6.350.000 fl. eine Summe von 3.650.000 fl. zur freien Disposition, welche, nur zum Zinsfuß von 5 p.C. berechnet, eine jährliche Rente von 432.500 fl., d. h. mehr als drei mal so viel abwirkt als die Staatsgüter. Allerdings ist die aus dem Verkaufe der Domänen einfließende Kaufsumme nicht dazu bestimmt, in der angeführten Weise angelegt zu werden, sondern sie hat zur Deckung eines Theiles des Deficits zu dienen. Allein obige Nebeneinanderstellung der Ziffern dient dazu, die außerordentlichen Vortheile anschaulich zu machen, welche für den Staat aus dem Verkaufe der Domänen in finanzieller Beziehung erwachsen. Wenn man die Kosten, die die Aufbringung eines Anlehens in dem gleichen Betrage verursacht, berechnet und sie einerseits mit den Ausgaben für die Annuität an die Bodencreditanstalt, andererseits mit den Einnahmen aus den Staatsgütern combinirt, so kommt man auf ähnliche Resultate. Schließlich wird des großen national-ökonomischen Gewinnes erwähnt, den die Veräußerung der Domänen durch die in Aussicht stehende Parzellirung und die hiedurch angeregte größere Produktion darbietet, und daß die genannten Objecte lauter solche sind, gegen deren Veräußerung weder vom volkswirtschaftlichen Standpunkte, noch aus Rücksicht auf montanistische Interessen oder auf Salinenzwecke auch nur der geringste Anstand obwaltet.

Pest, 18. December. (Sitzung der Depu- tirtentafel.) Karl Stoll interpellirt den Handelsminister wegen des schlechten Zustandes des Bergbaus in Ungarn. Der Minister antwortete, daß die Montanbezirke aufgesondert würden, Gutachten abzugeben; bis alle Gutachten eingetreffen, werde die Regierung einen Gesetzentwurf ausarbeiten und dem Hause vorlegen. Csiky bringt einen Beschlusentwurf ein, welchem gemäß das Haus über die vor Verfügung der Legislative angeordnete Conscription zum Behufe der 1868er Recrutierung seine Missbilligung aussprechen soll. Hierauf letzte Lesung des Staatschuldengeyes. Das Gesetz wird angenommen und nebst dem Protokoll der Magnatentafel übersendet.

Ausland.

München, 17. December. (Die Kammer) hat den Zusatzantrag Schulte's zum Artikel 84 des Wehrgesetzentwurfs (betreffend die Leistung eines Geldbetrages Seitens Jener, welche die Wehrpflicht nicht erfüllen) angenommen; ebenso die Modification, daß das Gesetz nicht am 1. Jänner in Kraft trete, sondern am 15. Jänner. Am Samstag ist die letzte Sitzung vor Weihnachten.

Dresden, 17. December. (Abgeordnetenkammer.) Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf über Bildung von Geschworenlisten und Geschworenbank ein. Der Entwurf wurde einer besonderen criminalrechtlichen Commission überwiesen.

Florenz, 18. Dec. (In der gestrigen Kammer sitzung) erklärte Depretis, er werde nicht dagegen sein, wenn die Kammer das Ministerium unterstützen wolle. Frankreich demuthige uns jetzt; wir können es nicht bekriegen. Wenn die innere Lage des Landes verbessert ist, wird man Rom als Hauptstadt erlangen können. Menabrea sagt, die Truppenintervention im päpstlichen Gebiete sei rechtlich gerechtfertigt; Telegramme aus den päpstlichen Staaten riefen die Intervention der italienischen Truppen Namens der Freiheit und Ordnung an; er erachte die Convention nicht als gelöst, sondern als suspendirt wegen der Intervention Frankreichs. Es besteht kein Artikel, welcher die Auflösung vorherseht, auch die Zahlung der Semestralquote der päpstlichen Schuld sei suspendirt. Vor allem werde Frankreich das päpstliche Gebiet räumen müssen; sodann bei der Unterhandlung über die Wiederinkraftsetzung der Convention werden wir trachten, die besten Bedingungen zu erlangen zur Erreichung des doppelten Zweckes der Convention: der Räumung von Seite der Franzosen und des Modus vivendi mit der päpstlichen Regierung.

Paris, 18. December. (Die Conference.) Der „Constitutionnel“ schreibt: Mehrere Journale haben behauptet, daß nach den von Rouher am 5. December abgegebenen Erklärungen die Conference nicht mehr stattfinden könne. Wir haben Mühe zu begreifen, wie diese Erklärung, welche die neunzehnjährige Politik des Kaisers bestätigt, die Berathungen der Mächte verhindern könnte. Niemand konnte jemals daran denken, daß die Vertreter der europäischen Höfe zusammenentreten würden, um sich über die Verträge hinwegsezend, einem von allen legitim

anerkannten Souverain sein Besitzthum wegzunehmen. In gleicher Weise konnte niemand glauben, daß dieselben Vertreter nach den seit 7 Jahren vollzogenen und allgemein anerkannten Thatsachen die so thener erkaufte italienische Einheit zerstören wollten. Es konnte demnach vor dem 5. December nicht die Rede davon sein, den Papst zu berauben oder Italien zu zerstören. Die Situation ist heute dieselbe. Die Aufgabe der Conferenz sollte die sein, auf Rom und Florenz einen Einfluß zu üben, nicht sowohl wegen einer vollständigen Versöhnung, welche die Zeit allein bewerkstelligen wird, als vielmehr um einen modus vivendi herzustellen, welcher die Schranken zwischen den beiden Staaten beseitigt, die Interessen derselben verschmilzt, die Gehässigkeit beschwichtigt und jeden Vorwand zu Conflicten benimmt. Für ein solches Ergebnis den Einfluß von ganz Europa zu interessiren, war nicht zu viel. Der Zweck der Regierung des Kaisers hat sich demnach nicht geändert. Wenn sie bei dem Unternehmen, die Interessen Italiens und der katholischen Welt zu versöhnen und bedauerlichen Conflicten und gefährlichen Unruhen vorzubeugen, scheitert, so wird sie wenigstens ihre Pflicht gehabt haben.

London, 18. Decbr. (Die Ruhestörungsversuche der Fenier) dauern fort, obgleich die Polizei energische Vorsichtsmaßregeln ergriffen hat. — In Newcastle fand eine Explosion durch Nitroglycerin statt; vier Personen wurden getötet, mehrere schwer verwundet. Laut dem "Daily Telegraph" wurde in Wolverhampton der Plan eines gleichzeitigen Angriffes seitens der Fenier auf bestimmte Waffendepots Englands entdeckt. — Die Fregatte "Novara" verließ am 4. December die Havanna.

Marseille, 17. December. (Die Ankunft des Erzherzogs Ludwig Victor.) Se. kais. Hoheit Herr Erzherzog Ludwig Victor, von Spanien kommend, ist hier gestern Abends mit einem großen Gefolge angelangt und reist heute Nachmittags über Nizza nach Triest ab, um dort dem Leichenbegängniß Sr. Majestät des Kaisers Maximilian beizuwohnen.

Haag, 17. December. (Dementi.) Die Gerüchte von einer Verlobung des Prinzen von Oranien mit der Prinzessin von Hannover werden von unrichtiger Seite dementirt.

Kopenhagen, 17. December. (Die westindischen Inseln.) Die "Berling'sche Ztg." dementirt die Nachrichten des New-York "Herald" und der New-York "Times", daß die Union eine Expedition nach den westindischen Inseln abgeschickt habe. Dasselbe Blatt macht darauf aufmerksam, daß die Abtreitung der dänischen Inseln in Westindien ar: die Union erst nach der Ratifizierung des dänischen Kaufvertrages durch den Congress definitiv werde.

Belgrad, 17. December. (Das Staatsbudget) wurde veröffentlicht, die Gesamtausgabe beträgt 28,831,414 Piaster, die Einnahme 28,879,000 Piaster. Die Regierung erklärt, den Bau der Eisenbahn jedenfalls zu Stande zu bringen. Demeter Bratano ist hier angekommen.

New-York, 16. December. (Congress.) Butler beantragte eine Resolution, welche seinen jetzt im Finanz-Comité befindlichen Antrag, das Capital der Fünfzwanzig-Bonds in Papiergele zu bezahlen, enthält. Das Haus verweigert diese Resolution in Empfang zu nehmen. Der Congress nahm die Resolution, bestätigend die Reconstruction-Akte, an.

Dagesneigkeiten.

(Die Witwe Miramon's.) Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie hat vor einigen Tagen die Witwe des Generals Miramon gnädigst empfangen und die eingehenden Mittheilungen und Schlägerungen derselben vernommen. Frau Miramon besitzt ein von weitem Sr. Majestät dem Kaiser Maximilian unterzeichnetes Schreiben, worin die unglückliche Gemahlin seines treuen Freunden und ihre Kinder der Kaiserin Charlotte und, sofern Ihre Majestät nicht mehr leben sollte, Ihrer Tochter Hoheit der Frau Erzherzogin-Mutter empfohlen werden: ferner eine Haarlocke des seligen Kaisers und eine von ihm erhaltenen Medaille.

(Die 26. Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe), welche bekanntlich auf das Jahr 1868 verschoben wurde, ist nunmehr auf die Zeit vom 31. August bis 5. September 1868 in Wien festgesetzt. Das Programm wird im nächsten Frühjahr veröffentlicht werden. Nachdem der in Dresden gewählte erste Präsident, Fürst Colloredo Monesfeld, im September v. J. vom Präsidium ausgetreten, wurde dasselbe durch eine Neuwahl ergänzt und besteht aus den Herren Dr. H. W. Pabst und Freiherr v. Washington.

(Vierfacher Mord.) Wieder ward die Wiener Bevölkerung durch eine Blutthat, wie sie die wildeste Fieberglut kaum grausiger ersinden kann, tief erregt. Vor einigen Wochen war in den meisten Blättern zu lesen, daß ein Telegraphen-Beamter in Bodenbach eine bedeutende Erbschaft gemacht habe. Der Glückliche, welchem sie angeblich zugefallen, war der Telegraphen-Beamte Nikolaus Böhrer in Bodenbach. Was es mit dieser Erbschaft für ein Bewandtniß hat, ist noch nicht zur Genüge aufgelistet. Sicher ist jedoch, daß Böhrer aus dem Staatsdienste austrat und sich auf Reisen begab. Samstag früh kam er mit seiner Familie, aus seiner Frau, einem achtjährigen Knaben, einem zweijährigen und einem viermonatlichen Mädchen bestehend, so-

wie mit zwei Dienstmädchen, einem Stubenmädchen und einer Amme, in Wien an und siedelte im Hotel "zum goldenen Kreuz" nächst der Paulaner-Kirche auf der Wieden ab. Die Familie bezog zwei nebeneinander gelegene Zimmer. Herr Böhrer erzählte jedem, der es hören wollte, er habe in Ostindien eine Erbschaft von 2,300,000 fl. gemacht, und sprach davon, daß er nach Paris abreisen wolle, aber beabsichtigte, sich zuvor eine Wertheim'sche Cosse, sowie ein paar Pferde bei Schwel in der Leopoldstadt zu kaufen. Dienstag Morgens zwischen 4 und 5 Uhr wurde das Stubenmädchen durch ein Wehegeschrei, das aus dem Zimmer ihrer Herrschaft zu ihr drang, aus dem Schlaf aufgeschreckt. Als sich das Weblagen wiederholte, eilte das Mädchen in das Zimmer der Herrschaft und sah zu ihrem Entsehen, wie der Herr seine Frau mit den Anzeichen höchster Wuth zu erwürgen suchte. Kaum erblickte Herr Böhrer das Mädchen, als er auf dasselbe losstürzte und ihr mit einem sogenannten Life-preserver einen bestigen Schlag auf den Kopf versetzte, so daß das Mädchen, betäubt vor Angst und Schmerz, das Heil in der Flucht suchte. Hierauf wendete sich der wie wahnsinnig sich Gebredende gegen seine Frau und erschoss mittels eines Revolvers vorerst diese, dann seine zweijährige Tochter, sodann stürzte er mit dem Life-preserver auf seinen achtjährigen Knaben zu und wollte diesen wie sein vier Monate altes Mädchen erschlagen. Leider gelang es ihm, den Säugling zu töten, während er an der Ausführung des beabsichtigten Mordes seines Sohnes durch das Hinzutkommen der Hausleute verhindert wurde; doch erlitt der Knabe einige lebensgefährliche Verletzungen. Diese Unthaten vollzog der Wütberich unter fortwährendem Toben; schließlich ergriff er neuerdings den Revolver und entliebte sich durch einen dritten Schuß. Der noch lebende Sohn und die vier Leichen wurden in das allgemeine Krankenhaus gebracht, wo man Hoffnung hegt, den Knaben am Leben erhalten zu können. Das Stubenmädchen durfte mit einer leichten Constitution davonkommen, falls der Umstand, daß sie gesegneten Leibes ist, keine nachteiligen Folgen für sie haben wird. Wie es mit den Erbschaftsverhältnissen ausgehen hat, mag die Thatsache beweisen, daß man bei dem Unglückslichen im Ganzen nur eine geringe Baarschaft gefunden hat. Ueber die Motive des grausigen Actes würde wohl kein Zweifel bestehen. Es war die That eines Wahnsinnigen. Darauf deutet die Erbschaftsträume, die großen Bläue. Der Mann hatte hier sogar einen Beamten als Ritterbegleiter in Dienst genommen, welcher der glänzenden Aussicht wegen einer Anstellung mit 1600 fl. eingesagt.

(Ein erschütternder Unglücksfall) hat sich in dem der Gutsinhabung Gaming gehörigen Waltotheile Moderbach, 3 bis 4 Stunden von Neuhaus an der Steiermärkischen Grenze, ereignet. Am Donnerstag, den 12. d. M., ging nämlich eine Schneelawine ab und verschüttete eine Hütte, in welcher sich 18 Holznechte befanden. Das Unglück wurde erst Samstag Nachmittags entdeckt, als nämlich die Holznechte nicht am Sammelplatz erschienen. Die übrigen Arbeiter gingen, ein Unglück ahnend, zur Aufsuchung und fanden die Hütte nicht mehr vor. Bei der sofort angestellten Nachgrabung wurden 4 Holznechte noch lebend, 7 als Leichen herausgebracht. Nach der Aussage der Gesetzten ist die Verschüttung um 8 Uhr früh, als die Nechte in der Hütte eben mit der Bereitung ihres Frühstückes beschäftigt waren, erfolgt. Sieben der Holznechte konnten bis jetzt noch nicht aufgefunden werden. Die vier noch lebend gefundenen Holzarbeiter, welche durch mehr als 50 Stunden in der verschütteten Hütte begraben waren, befanden sich in einem erbarmungswürdigen Zustande der Erfüllung; sie wurden in eine andere Hütte gebracht, und es ist noch zweifelhaft, ob sie bei dem Mangel an rechtzeitiger ärztlicher Hilfe werden am Leben erhalten werden können. Nach der Anzeige und der grauenregenden Schilderung eines bisher gesammelten Arbeiters, welcher bei der ersten Ausgrabung anwesend war und dessen Bruder ebenfalls als Leiche aufgefunden worden, sind zur Durchgrabung der noch auf der Hütte ruhenden Schneemassen mindestens 100 Arbeiter erforderlich.

(Der Ausbruch des Vesuv's.) Der "Wester-Ztg." wird aus Neapel, 3. December, geschrieben: Nachdem der Vesuv seit dem größeren Ausbrüche des Jahres 1865, den kleineren von 1858 und 1861 friedliche Nachbarschaft gehalten, hat er uns seit nunmehr drei Wochen bewiesen, daß es in der alten Cyclopewerkstatt noch lebhaft genug bergehen kann. Das sorglose, dem Tage lebende Neapel kümmert sich freilich wenig um das Grollen der unterirdischen Macht. Raum, daß selten eine Zeitung sich genötigt sieht, ihren Lesern eine kurze Mittheilung über den Fortgang des Ausbruches zu geben, und doch scheint allabendlich die unheimliche Gluth der zahlreichen Flammenströme, die sich langsam abwärts wälzen und die nahe liegenden Dörfschaften mit lebhaften Besorgnissen eifällen, lebhaft genug in die Stadt hinein, zieht es, Schaaf auf Schaaf, wissbegierige oder neugierige Fremde auf den Schauplatz der jurchtbaren Naturerscheinung hinaus. Im Jahre 1864 hatte der Vesuv in einem wieder in's Stocken gerathenen Ausbruch den eigenen Krater fast völlig mit Lava, die nicht zum Abschluß gekommen war, ausgefüllt, so daß er jetzt sich neue Öffnungen zu brechen genötigt war; um dieselben bildeten sich alsbald durch die ausgeworfenen Massen Auswurftiegel von entsprechender Anzahl, von denen jedoch derjenige der Hauptöffnung so reißend schnell anwuchs, daß die anderen bald aufbrieten, in Thätigkeit zu sein, und größtentheils durch die Auswurfmassen aus dem Krater des Hauptzugs verschüttet wurden; glühende Steine wurden nach einem heute erschienenen Berichte des Professors Palmieri,

Directors des Observatoriums am Vesuv, bis zur Höhe von 240 Meter emporgeschleudert. Am 17. November begann die Lava sich über den Rand des alten Kraters zu ergießen und in mehr als 10 Ströme zerstreut gegen Monte Somma in's sogenannte Atrio dei Cavalli abzufliessen. Vor einer Woche nahm dann die Lava die viel bedenklichere Richtung auf Resina (Herculaneum) und Portici, um in schnellem und mehrfachem Wechsel in die frühere Bahn zurückzukehren. Die Besteigung des Berges ist nur noch bis zum Observatorium auf einem Hügel am Abhang des Berges ermöglicht und auch bis dahin nicht ohne alle Gefahr. Nach einem soeben erschienenen Berichte ist die Lava fortwährend im Wachsen begriffen und zeigen sich neue, zum Theil aus früheren Ausbrüchen nicht beobachtete Erscheinungen.

— (Aus America) wird gemeldet, daß Vice-Admiral Tegetthoff in Mexico alle Forderungen an das Vermögen des Kaisers Maximilian berichtigt hat.

Locales.

(Gewerbebank in Laibach.) Gestern hielt die jüngst concessionirte Gewerbebank eine Generalversammlung der Actionäre, in welcher die vom Comité verfaßten und von der hohen Regierung modifizirten Statuten einstellig beschlossen und angenommen wurden. Es war kaum die Hälfte der Actionäre anwesend und ungeachtet dessen haben die anwesenden Actionäre in einem Beitraume von kaum einer halben Stunde mit Inbegriff der ursprünglich gezeichneten die Summe von mehr als 61.000 fl. gezeichnet. Es ist dies ein Beweis, wie die Bedeutung dieses für unseren heimatlichen Gewerbestand voraussichtlich so erproblichen Institutes gewürdigt wird.

(Kinderhospital.) Gestern hatte der Verwaltungsrath des Kinderspitals die Ehre, sich der hochwohlgeborenen Frau Landespräsidentin Conrad v. Gybesfeld vorzustellen und die Bitte vorzutragen, als Stellvertreterin der obersten Schwestern dem Vereine beizutreten. Die Frau Präsidentin sagte die Erfüllung dieser Bitte und die Unterstaltung dieses Humanitätsinstitutes gäbt zu. — Von Ihrer Excellenz der Frau Sophie Freiin v. Bach ist als Weihnachtsgabe ein Stück Leinwand dem Kinderspital zugegangen.

(Einbruch.) Heute Nachts wurde in der im Ludmann'schen Hause in der Elephantengasse vis à-vis dem Hotel "Elysée" befindlichen Lottecollectur ein Einbruchstahl verübt. Als die Eigentümerin heute Morgens das Locale öffnete, fand sie alle Ladens offen und sämmtliche darin gewesene Wertsachen (man sagt bei 500 fl.) gestohlen. Der Dieb ist wahrscheinlich vom Vorhause aus, nachdem er mit einer Stange, die noch daneben lag, den Kaminofen durchstoßen ins Locale eingedrungen.

(Juristische Gesellschaft.) Der gestrige Abend vereinigte eine größere Anzahl der Mitglieder der juristischen Gesellschaft zu einem gemeinschaftlichen Souper im Gasthause "zur Stadt Wien." Es galt, dem allgemeinen Wunsche Ausdruck zu geben, dem Herrn Präsidenten der Gesellschaft, Herrn L. L. Oberfinanzrat und Finanzprocurator Dr. Kaltenegger Mitter v. Nierhorst, die freudige Theilnahme der Mitglieder an der wohlverdienten Förderung und zu geben. Herr Vice-präsident Dr. Edl. v. Lehmann eröffnete die Reihe der Toaste mit einem Hoch auf den Herrn Finanzprocurator, dessen Verbleiben in dem gewohnten Wirkungskreise zugleich den Wünschen und Sympathien der Gesellschaft entspreche. Es folgte ein Toast des Herrn Präsidenten auf die Funktionäre der Gesellschaft, des Herrn Dr. Rudolf auf die uns bevorstehende Weihnachtsbescherung der Verfassungsgesetze und das Ministerium, das sie ins Leben führen soll, sowie auf den früheren ersten Secretär und wahrea Begründer der Gesellschaft, den anwesenden Herrn Bürgermeister Dr. G. H. Costa, und mehrere andere Toaste launigen und ernsten Jubals, sowie witzige Improvisationen des Herrn Finanzconcipist v. Formaker. Man blieb in ungestörter Heiterkeit mehrere Stunden zusammen und trennte sich mit dem Wunsche, sich öfters in ähnlicher Gesellschaft zusammenzufinden.

(Die Jahreszeiten.) Wir glauben dem Publicum eine angenehme Nachricht zu bringen, indem wir demselben die Anzeige von der bevorstehenden Aufführung des großen Tonwerkes: "Die Jahreszeiten" von Haydn machen, wodurch die philharmonische Gesellschaft sich gewiß die allgemeine Anerkennung verdient, daß sie uns seit einer Reihe von Jahren mit den interessantesten Schöpfungen der Tonkunst bekannt macht und dadurch das musikalische Renommé der Stadt Laibach auf eine achtungsvolle Stufe gebracht hat. Wie wir vernehmen, findet heute bereits die letzte Clavierprobe statt; von Sachverständigen wird uns versichert, daß die Chöre eminent studirt sind. Die Solis sind in den befreiten Händen des Fil. Clementine Gethart und der Herren Adolf Ander und Gustav Moravec. Das Orchester hat uns von seiner Tüchtigkeit heuer bereits glänzende Beweise gegeben. Am Sonntag findet die Generalprobe den 23. December statt. Wenn wir bedenken, daß Haydns unsterbliche Jahreszeiten bei aller ihrer lieben Melodienreichthum, reizende Tonmalerei und allgemeine Zugänglichkeit und leichte Verständlichkeit der Musik auszeichnen, so können wir bei der unter Medved's tüchtiger Leitung voraussichtlich gediengten Aufführung denselben diesmal nicht bloss den Musikkennern, sondern allen Musikfreunden einen gennreichen Abend vorhersagen.

— (Verheimlichung der Geburt oder Kindesmord?) Am verflossenen Sonntag begab sich eine Kranke auf einem Zimmer der chirurgischen Abtheilung im hiesigen Civilspitale auf den Abort, wo sie gebaute, ohne jemanden zu rufen. Das Kind, ein Knabe, wurde, wie es scheint, tot geboren und im Abortschlauch noch denselben Tag gefunden. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Bericht

über die am 14. December d. J. stattgesundene Sitzung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach.

Obmann: Prof. Schiffer. — Schriftührer: Prof. Valenta. — Gegenwärtig: 14 Mitglieder und 1 Gast.

Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls theilte der Obmann die verschiedenen Einfüsse mit, aus welchen insbesondere eine Buzchrist des hohen Landesregierungs-Präsidiums wegen Vorlage von statistischen Ausweisen zu einem Vereins-Kataster und ein Dankschreiben des Hofrathes Löchner hervorzuheben sind, und forderte hierauf den Berichtsteller Dr. Gaußler zum Vortrage des in der sogenannten Findelhausfrage vom diesbezüglichen Comité beschlossenen Gutachtens auf.

Berichtsteller Dr. Gaußler bringt nun das von ihm auf Grundlage der in der April-Sitzung genehmigten principiellen Punkte* ausgearbeitete Gutachten im Namen des Comité's, welches aus den p. l. Herren Dr. Bleiweis junior, Wundarzt Janselović und Dr. Valenta bestand, zum Vortrage.

Das sehr eingehende Gutachten legt als Standpunkt des Vereins den humanitären in erster Linie dar und geht die Gründe kritisch durch, welche den hohen Landtag bewogen haben, die Aufhebung der Findelanstalt in Aussicht zu nehmen, zugleich alle anderen von den absoluten Gegnern der Anstalt ausgeführten Gründe in Erwägung ziehend. Es kommt nun zu dem Sahe, daß das Land ohne eine Findelanstalt infolge nicht ohne Schaden bestehen könne, als nicht bießt eine Versorgungsanstalt für alle schutzbedürftigen familienlosen Kinder Ertrag biete, und zwar aus ethischen, sozialen und ökonomischen Gründen; doch sei eine Reform nötig, damit der Landessäckel nicht über die Notwendigkeit in Anspruch genommen und das arme, unschuldige, uneheliche Kind nicht von vornherein seiner angeborenen Rechte beraubt werde. Dieses könne man um so eher anstreben, als das alte Prinzip der Findelanstalten: absolute Geheimhaltung der Mutter und Richtersuchung der Vaterschaft, durchwegs nicht aufrechtzuerhalten notwendig ist.

Das Gutachten gibt nun kritisch darstellend eine Reihe von Reformvorschlägen für die Findelanstalt und wendet sich dann zur Gebäranstalt, deren Beibehaltung in zweitmäßiger, minder kostspieliger Form es beantragt, und kommt sonach zu folgenden Schlusszügen:

1. Auf eine Aufhebung der Findelanstalt kann nicht über eingerathen werden, als bis Landes-Versorgungs- oder Pflegeanstalten für schutzbedürftige, familienlose Kinder geschaffen sind.

2. Eine Reform der Findelanstalt auf Grundlage der Humanität, Gerechtigkeit gegen den Findling, Willigkeit gegen die Mutter und die Steuerträger und vorstellige Sparsamkeit ist dringend nötig.

3. Diese Reform wäre theils gleich durchzuführen, theils dann, wenn die bürgerliche Gesetzgebung gegenüber unehelichen Kindern den Forderungen der Gerechtigkeit und jüngerer Zeitanschauung entsprechend geregelt ist.

4. Diese Reform wäre zugleich das beste Uebergangsmittel zu den unter Punkt 1 erwähnten Anstalten, doch läßt sich jetzt noch nicht die Zeit bestimmen, bis wann dieser Uebergangssprozeß vollendet sein kann.

5. Die Gebäranstalt wäre zu belassen und nur insofern zu reformieren, als sie ähnlichen Bedingungen bezüglich der Aufnahme unterworfen würde, wie die Krankenanstalten.

Von den gegenwärtigen Mitgliedern (es waren außer den Mitgliedern der Vereinsleitung und des bezüglichen Comité noch gegenwärtig die p. l. Doctoren Ritter v. Andrioli, Eisl, Fuz, Keesbacher und Kovatsch, dann die Wundärzte Gregorč, Lulan und B. h.) werden die Grundsätze des Gutachtens genehmigt, und zwar nach einer Debatte, an der

* Selbe waren auch schon seinerzeit in der „Laib. Bltg.“ veröffentlicht.

Börsenbericht. Wien, 18. December. Das Geschäft war auch heute von geringem Belang und die Effectencourse erfuhren nur geringfügige Veränderungen. Devisen und Valuten schlossen

sich hervorragend die Doctoren Eisl, Fuz, Keesbacher, Wundarzt Bef und die Comitémitglieder beteiligten. Alsdann wird über Keesbachers Antrag beschlossen, daß die den Kindlingen aufzustellenden Vormünder aus der Heimatgemeinde verschaffen, möglicherweise über Vorschlag dieser selbst, zu entnehmen seien. Während dann Dr. v. Andrioli und Bef die Erprobtheit der Vormünder überhaupt bezeugen, bemerkt der Berichtsteller, daß wenn auch nur 10 Percente der Vormünder ihre Pflicht thun, dieses schon ein Gewinn gegenüber jetzt sei, und daß eben ein besserer Gemeinsinn u. s. f. angebahnt und die Gleichstellung aller unehelichen Kinder vor dem Gesetze erwirkt werden müsse.

Schließlich einstimige Annahme des Gutachtens und sah sich der Obmann verpflichtet, dem Referenten Dr. Gaußler im Namen des Vereins den wohlverdienten Dank für seine gediegene, nicht vom Verstande allein dictirte, sondern vom und aus dem Herzen kommende Arbeit auszusprechen.

Das Petiotisiren.

Ein Herr Petiot in Burgund hat gefunden, daß die Weinräber einen weit größeren Vorrath an weinbildenden Stoffen enthalten, als der ablaufende Most consumire. Man läßt daher diese nicht rein auskletern und versetzt den Pressrückstand mit einer entsprechenden Menge von Zuckerwasser, welches jedoch die Zuckerdichte des Mostes haben muß. Diese Masse geräth von Neuem in Gährung und zieht den Farbstoff dergestalt aus den Träbern, daß der Nachwein gewöhnlich eine dunklere Farbe erhält, als der Vorlauf, der erste Weinmost. Diese Operation, die 3 bis 4 mal wiederholt werden kann, nennt man Petiotisiren. Es liegt auf der Hand, daß die Träber an das Zuckerwasser weinbildende Elemente, als: Gerbstoff, Farbstoff, etwas Säure u. s. w. abgeben.

Die Vortheile des Petiotisirens sind sehr bedeutend; es kann die erzielte Quantität an Wein mehr als verdoppelt werden, bei ganz gleicher Qualität. Wenn das Uebergießen der Träber vier mal geschieht und sämtliche erhaltenen Flüssigkeit von halber Gährung in ein Faß gebracht wird, so ist ein Gallisiren des Mostes auch zugleich bezweckt und der Ertrag der Weinberge dadurch auf das 2—4fache gesteigert.

Der große Einfluß des Petiotisirens auf die Vermehrung und demzufolge auf billige Preise des Weines kann aus diesen Angaben leicht erkannt werden.

J. Schollmayer.

Neueste Post.

Agram, 18. December. Bei der heute für den zweiten Bezirk der Stadt Agram vorgenommenen Wahl wurde Dr. Suhaj zum Landtagsdeputirten gewählt. Er erhielt 200 Stimmen; Buchdruckereibesitzer Jasic erhielt 1 Stimme. In der Wahlliste für diesen Bezirk waren 382 Wähler verzeichnet. Gestimmt haben im Ganzen 201.

Berlin, 18. December. Die Verhandlungen mit Dänemark wegen Nordschleswigs werden mit dem neuen Jahr wieder aufgenommen. Die bisherigen preußischen Gesandten werden künftighin bei den fremden Regierungen als Gesandte des Norddeutschen Bundes als beauftragt werden.

Stuttgart, 18. December. In der Kammer wurde ein Gesetzentwurf in Betreff der Wahlen für das Zollparlament eingebracht.

Florenz, 18. December. (Sitzung der Deputirtenkammer.) In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung der Ausgabe von 6.620.000 Fr. zur Umänderung der Gewehre, angenommen. Menabrea in seiner gestrigen Rede fortlaufend acceptirt das Votum der Kammer vom Jahre 1861. Er glaubt, der Papst werde schließlich durch die Natur der Verhältnisse gezwungen sein, den Beistand der italienischen Regierung zu verlangen, und dies werde das sicherste Mittel seiu, um nach Rom zu gelangen und dort zu verbleiben. Er glaubt, daß der Garibalbinismus ausgespielt habe. Italien habe Ruhe, Ordnung und Unterricht sehr nothwendig, um seine Schäden zu heilen,

seine Institutionen und die Armee zu kräftigen. Die Regierung will die Freiheit im Innern, aber ohne fortwährende Agitation.

Paris, 18. December. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht ein Circulaire des Polizeipräfeten an die Polizeicommissäre der Stadt Paris, worin er die auf Einschüchterung berechnete Theorie der Journalen widerlegt, daß die Polizei kein Recht habe, eigenmächtig irgend eine Verhaftung vorzunehmen, selbst in dem Falle einer Betretung auf frischer That, woferne es sich nicht um ein in die Kompetenz des Auffenhoes fallendes Verbrechen handle. — Das „J. de Paris“ schreibt, daß die Depesche Menabrea's nicht Ausklärung über die Erklärungen Rouhers fordert, wohl aber das Conferenzproject als unausführbar bezeichnet. Das Tuilerienkabinet wird noch in dieser Woche antworten. Dasselbe Journal sagt, daß das Project einer engeren Conferenz von Frankreich noch nicht angenommen sei.

S. Petersburg, 18. December. Das für das Jahr 1868 vorbereitete Budget weist kein Deficit nach. Vom 1. Jänner 1868 ab, wird das „Journal de St. Petersburg“ durch eine neue Zeitung unter dem Titel „Courrier Russe“ ersetzt, welche gerichtliche Kundmachungen, officielle und diplomatische Artikel enthalten wird. — Fürst Gortschakoff spricht sich in einem Schreiben an den russischen Gesandten General Ignatjeff in Constantinopel, welches die Regierung veröffentlicht, aus Unlust der Angriffe der russischen Blätter auf die türkische Regierung, für die Freiheit der Presse aus. Die Gesandten Russlands in Paris und Constantinopel haben einen neunundzwanzigjährigen Urlaub erhalten, um nach Russland zu kommen.

Telegraphische Wechselcourse

vom 19. December.

Spere. Metalliques 55.85. — Spere. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.70. — Spere. National-Anteilen 65.10. — Banknoten 679. — Creditactien 184.20. — 1860er Staatsanlehen 82.30. Silber 119.50. — London 121.50. — £. 1 Ducaten 5.76%.

Geschäfts-Zeitung.

Verlosung. Bei der am 16. December begonnenen Verlosung des fürstlich Paul Esterhazy'schen Lotterie anlässlich wurden nachstehende 48 größere Treffer gezogen: Der Haupttreffer von 50.000 fl. EM. fiel auf Losnummer 128705; der zweite Treffer von 10.000 fl. auf Losnummer 173819 und der dritte Treffer von 3000 fl. auf Losnummer 163828; ferner gewinnt Nr. 133454 1500 fl.; Nr. 67007 und Nr. 117222 gew. je 500 fl.; Nr. 79659 125931 und Nr. 161119 gew. je 400 fl.; Nr. 55901 und Nr. 82708 gew. je 240 fl.; Nr. 5322 19859 45191 49648 80936 93715 118241 und Nr. 157551 gew. je 100 fl.; endlich Nr. 14285 24884 30105 30269 36959 57001 58334 59138 62597 64321 66272 74622 75632 80804 89219 101790 108102 109939 112598 116241 116996 118575 126445 152487 155455 161822 163460 168026 und Nr. 168211 gew. je 82 fl. EM. Außerdem wurden noch 1952 Nummern mit dem geringsten Gewinne von 72 fl. EM. gezogen.

Angekommene Fremde.

Am 18. December.

Stadt Wien. Die Herren: Pell, Kaufm., von Brünn. — Hahn, Kaufm., Berens, Juvelier, und Hahn, von Wien. — Sartori, Realitätenbes., von Steinbrück. — Rudolf, f. f. Hauptm., von Gallenfels.

Elephant. Herr Ribano, von Wien.

Kaiser von Österreich. Die Herren: Tschitsch, Tischler, von Birkniz. — Teltel und Gondini, Juristen, von Graz.

Theater.

Hente Freitag:

Die alte Schachtel.

Lebensbild mit Gesang in 3 Acten von O. J. Berg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

December.	Zeit	Die Gedanken	Der Wetterstand	Gefahr	Gezeit	Wetter	Gebet
6 U. M.	321.48	+	5.8	SW schwach	trübe	10.20	
19. 2 "	320.30	+	6.2	S. schwach	Regen		
10. Ab.	320.82	+	2.7	SO. schw.	trübe	Regen	

Regnerischer Tag. Schwarzes Gewölle die Tageshelle verfinstert. Starke Gisse abwechselnd. Gegen 6 Uhr eilige Blitze mit Donner in SO. Nachts Regen und frischer Schneefall.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmantz

Gebet

Waare

Geld

Gebet

Waare